

"Europa kommt durch den Lieferanten-Eingang" in Die Zeit (14. September 1950)

Legende: Am 14. September 1950 betont die deutsche Wochenzeitung Die Zeit die positive Entwicklung der Verhandlungen über die Umsetzung des Schuman-Plans und unterstreicht die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte der europäischen Montanunion.

Quelle: Die Zeit. Wochenzeitung für Politik-Wirtschaft-Handel und Kultur. 14.09.1950, Nr. 37; 5. Jg. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europa_kommt_durch_den_lieferanten_eingang"_in_die_zeit_14_september_1950-de-4d16046d-08ca-486b-a82f-19608d360a3e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Europa kommt durch den Lieferanten-Eingang

Wenn heute einer jener berühmten Wahrsager, von denen man immer nur weiß, daß sie bis zum gestrigen Tage alles schon vor Jahren vorausgesehen haben, mit der notwendigen Dreistigkeit prophezeite, daß am 30. Februar 1951 der dritte Weltkrieg begänne, würden sehr viele Leute dies glauben und ihr Leben ganz darauf einrichten. Wenn hingegen ein Beobachter der Schuman-Plan-Verhandlungen aus Paris mitteilte, daß wahrscheinlich in einigen Monaten die sechs beteiligten Länder von einem Tag auf den anderen untereinander alle Zölle und Mengenbeschränkungen für Kohle und Stahl aufheben würden, so dürfte dies nur von sehr wenigen Menschen für möglich gehalten werden. — Es ist merkwürdig, daß in unserem technischen, dem Metaphysischen so fernen Zeitalter alles Mystisch-Irrationale sehr wahrscheinlich und alles Vernünftige und Notwendige äußerst unglaublich erscheint.

In der Tat aber ist der Tag, an dem Frankreich, Italien, Westdeutschland und die drei Beneluxländer ihre Kohle- und Stahlindustrie zu einem einheitlichen Marktgebiet zusammenschließen und einer übergeordneten Behörde unterstellen werden, wohl nicht mehr fern. Während alle Augen auf die Straßburger Kulisse gerichtet waren, ist in Paris still und leise eine Hintertür geöffnet worden, durch die Europa nun endlich die Bühne wirklich betreten kann. In etwa sechs Wochen sollen die Verhandlungen über den Schuman-Plan abgeschlossen sein. Dann müssen die dort getroffenen Vereinbarungen von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden; natürlich kann sich dabei noch manch eine Klippe ergeben, im ganzen aber hat man Grund, optimistisch zu sein. Zu groß ist das politische Interesse an dem engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Kontinentalstaaten, als daß man dieses Projekt an einzelnen wirtschaftlichen oder technischen Schwierigkeiten scheitern lassen würde. Außerdem sind die wirtschaftlichen Bedenken und Einwendungen angesichts des allgemeinen Konjunkturaufschwungs sehr viel geringer geworden.

Als Schuman im Mai dieses Jahres seinen Plan verkündete, drohte das Gespenst der Überproduktion, vor allem in der Stahlindustrie. Damals wäre es noch das Hauptproblem der geplanten Montanunion gewesen, in einer national und sozial erträglichen Weise in den einzelnen Ländern sofortige Produktionsbeschränkungen und die Stilllegung einzelner nicht leistungsfähiger Werke durchzuführen. Die erste Reaktion war daher die, daß die Gewerkschaften von einem internationalen Kartell sprachen, das nur dazu dienen werde, die Gewinnspanne der Unternehmer konstant zu halten. Tatsächlich steht einwandfrei fest, daß die italienische Stahlindustrie und ein Teil der belgischen Kohlengruben nur dank staatlicher Subventionen und nationaler Zollsysteme am Leben erhalten werden können. Wenn sie ohne diesen Schutz der freien Konkurrenz der anderen Unionspartner preisgegeben werden, muß sich zeigen, daß ein Teil von ihnen wirtschaftlich nicht lebensfähig ist. Inzwischen hat sich nun aber herausgestellt, daß angesichts des europäischen Rüstungsprogramms der Stahlbedarf so riesig ist, daß voraussichtlich in der ersten Phase alle Gruben und Hochöfen, auch wenn sie unrationell arbeiten, mithelfen müssen, die Nachfrage zu decken. Damit entfällt, wenigstens für den Anfang, eine sehr schwere Hypothek, mit der die oberste Behörde, die *Haute Autorité* des Schuman-Planes belastet ist.

Eigentlich trifft die deutsche Übersetzung „Hohe Behörde“ nicht den Begriff der *Haute Autorité*. Denn es handelt sich um mehr als eine Behörde, es handelt sich um eine wirkliche Autorität. Um eine Institution nämlich, an die die beteiligten Staaten gewisse Hoheitsrechte abtreten müssen und die dann kraft dieser Autorisierung Entscheidungen treffen kann, die unter Umständen gegen die nationalen Interessen der einzelnen Länder verstoßen. Man könnte eher von einem europäischen Ministerium für Kohle und Eisen sprechen, und doch gehen die Kompetenzen weit über die eines Ministeriums hinaus. Es handelt sich nämlich nicht nur um Administration, sondern darum, eine neue Ordnung der Produktionsstätten, des Arbeitseinsatzes und der Preise zu schaffen — es kommt also in gewisser Weise zur Exekutive auch noch die Legislative hinzu.

Die *Haute Autorité* soll aus sechs bis neun Mitgliedern bestehen, aus deren Mitte ein Präsident als Geschäftsführer gewählt wird, und zwar gemeinsam von allen beteiligten Regierungen. Auch die anderen Mitglieder sollen gemeinsam, gewissermaßen als Europäer und nicht als Exponenten ihrer Nationalregierungen, ernannt werden; man wird sie daher aus dem Kreis der Männer wählen, die sich als Vorkämpfer für den europäischen Gedanken bereits bewährt haben. Daß dies keine Phrase, sondern wirklich die Grundkonzeption des Statuts ist, geht daraus hervor, daß die *Haute Autorité* nicht erweitert werden soll,

wenn andere Länder sich der Union anschließen, eben weil man ihre Mitglieder nicht als Vertreter der einzelnen Staaten ansieht.

Bei der Geburt des Schuman-Planes haben die UNO und der Europa-Rat gewissermaßen all Schreckgespenster Pate gestanden. Man hat an ihnen gesehen, was man auf alle Fälle vermeiden muß: das Veto und eine Spitzenbehörde, die nichts weiter ist als eine Vereinigung der Außenminister. Darum kämpft Schuman auch so verzweifelt für die ungeschmälerte Autorität seiner übernationalen *Haute Autorité*. Zunächst einmal hat man um des demokratischen Dekors willen noch eine „gemeinsame Versammlung“ als Kontrollorgan vorgesehen, in der etwa fünfzig Parlamentarier der verschiedenen Mitgliedsstaaten einmal im Jahr zusammenkommen. Diese Versammlung kann mit Majorität die Absetzung der Mitglieder der *Autorité* erwirken. Wichtiger aber ist das dritte Organ des Schuman-Planes, auf dessen Errichtung vor allem die Beneluxländer gedrängt haben: der Ministerausschuß, in den jedes Land einen Minister entsendet. Er soll gewissermaßen das Bindeglied darstellen zwischen dem europäischen *Braintrust*, der *Haute Autorité*, und den Wirtschaftsressorts der Mitgliedsstaaten. Und schließlich wird es noch ein oberstes Gericht geben, das die Wahrung des Statuts überwacht.

Dem Schuman-Plan liegt eine politische und eine wirtschaftliche Konzeption zugrunde. Wirtschaftlich will er durch die Vereinheitlichung des Marktes mit Hilfe von Rationalisierung, notfalls durch Ausschaltung der nicht leistungsfähigen Betriebe und Umschulung der betroffenen Arbeiter, eine höhere Produktivität erreichen. Man glaubt auf diese Weise mehr und billiger produzieren zu können, so daß der Lebensstandard steigt. Politisch könnte auf diese Weise endlich der Beginn einer Integration Europas, von der soviel geredet wird, erreicht werden. Wenn heute die Aufgaben zunächst in Lenkung der Produktion, der Investitionen und des Handels liegen und in einer manipulierten Preisgestaltung, so zeichnen sich für die Zukunft sehr viel größere Perspektiven ab: Vereinheitlichung der Löhne, der sozialen Gesetzgebung, Freizügigkeit, Konvertibilität der Währungen. Solange es sich nur um einen Zusammenschluß von Kohle und Stahl handelt, ist dies freilich noch nicht möglich, aber ist erst der erste Schritt vollzogen, kann man hoffen, daß die anderen automatisch folgen. Schon heute wird hier und da von einem Zusammenschluß der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, des Transportwesens gesprochen.

Einstweilen ist es allerdings noch nicht soweit. Zunächst handelt es sich darum, daß es der *Haute Autorité* gelingt, für die sechs Staaten, die nach außen einen einheitlichen Zollbezirk bilden sollen, einheitliche Marktverhältnisse für Kohle, Stahl und Eisenerzeugnisse durchzusetzen. Um einheitliche Preise festzulegen, ist für die Übergangszeit ein gewisser Gebietsschutz vorgesehen und außerdem ein System von Ausgleichskassen, das es ermöglichen soll, einen Ausgleich zwischen den viel verdienenden Unternehmen und den unter ungünstigen Bedingungen produzierenden vorzunehmen. Es wäre sehr zu wünschen, daß in gewissen Fällen auch Marshall-Plan-Gelder für diesen Verschmelzungsprozeß zur Verfügung gestellt würden. Waren es doch vielfach gerade Marshall-Plan-Gelder, mit deren Hilfe nationale Industrien aufgebaut wurden, die von einem größeren Gesichtspunkt aus nur als Fehlinvestitionen bezeichnet werden können.

Zweifellos wird man noch ungezählte Schwierigkeiten zu überwinden haben, aber zum erstenmal erscheint ein sachlicher Optimismus, jenseits von aller Begeisterung für Europa, gerechtfertigt. Und noch etwas: Zum erstenmal wird die ausweglose Alternative der Wirtschaftsideologen durchbrochen. Hier heißt es nicht Planwirtschaft oder freie Wirtschaft, denn hier ist man nicht von irgendeiner weltverbessernden unduldsamen Wirtschaftsphilosophie ausgegangen, sondern vielmehr von der Wirklichkeit und ihren Notwendigkeiten. Und wenn man das, was dabei herauskommt, unbedingt etikettieren will, so könnte man vielleicht von einer gelenkten Konkurrenz sprechen.

Marion Gräfin Dönhoff